

Presseinformation

Potsdam, 18. Juni 2009

Im Zusammenhang mit der heutigen Anhörung des Hauptausschusses des Landtages zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen über einen Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und von Folgen diktatorischer Herrschaften, **erklärt die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser:**

Jetziger Gesetzentwurf zum „Diktaturbeauftragten“ muss vom Tisch

Die heutige Anhörung hat mehr denn je Fragen und Zweifel an dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf hervorgerufen. Es ist deutlich geworden, dass er dringend überarbeitet werden muss. Die Linksfraktion fordert deshalb die Koalitionsfraktionen auf, ihren Irrweg zu verlassen und diesen Gesetzentwurf jetzt zurückzuziehen.

Wir gehen davon aus, dass das Parlament über einen qualifizierten Antrag entscheiden will. Deshalb sollte sich der Landtag in der neuen Legislaturperiode zügig mit einem neuen Gesetzentwurf beschäftigen, der den vielschichtigen Problemen gerecht wird, die heute in der Anhörung und in zahlreichen Zuschriften an den Landtag klar benannt wurden.

DIE LINKE ist für eine Debatte über die Einsetzung eines Landesbeauftragten offen. Dazu bedarf es aber eines Konzepts, das dem in Brandenburg bestehenden Handlungsbedarf wirklich gerecht wird. Reine Symbolpolitik reicht nicht!

Wir unterstützen die Einschätzung von Prof. Wolfgang Wippermann, dass der „Gesetzentwurf große Unterschiede nivelliert, die zwischen den Diktaturen bestanden“ und „dass diese Unterschiede eine getrennte historische Aufarbeitung der Geschichte beider Diktaturen, die juristische Ahndung ihrer Verbrechen, die soziale und psychologische Betreuung ihrer Opfer und die Vermittlung all dessen innerhalb der politischen Bildung“ erfordern.

Dass verschiedene Opfergruppen wie die Juden, Sinti und Roma in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht einmal

erwähnt wurden, stieß auf berechtigte Kritik. Unsere Fraktion hat mit der Benennung von Prof. Wolfgang Wippermann, von Dr. Hans Coppi vom Bund der Antifaschisten und Prof. Dr. Morsch versucht, dieses Defizit etwas abbauen helfen - sie gaben den Verfolgten des Nationalsozialismus in der Anhörung in besonderer Weise eine Stimme.